



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BÖNN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0686 890

P/XIII/111 - 19. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Vor neuen schweren Kämpfen Zu Ellenbauers Rede auf dem Parteitag	121
3 a	Ein Wort an die französischen Sozialisten Das Drama um Algier geht uns alle an	48
4 - 6	Österreichs Sozialisten und die heutige Welt Nach dem Parteitag der sozialistischen Partei Österreichs	147
7	"Von Flugplätzen aus der Bundesrepublik ..." Amerikanische Waffenlieferungen nach dem Libanon	40

* * * *

* * *

*

19. Mai 1958

Vor neuen schweren Kämpfen

sp - Stuttgart

Die deutsche Sozialdemokratie hat, seit sie die Bühne der Geschichte betrat, ihre ganze Kraft stets für die Erhaltung des Friedens, für die Völkerverständigung, für die soziale Gerechtigkeit und für den Ausbau der Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt. Die Partei eines August Bebel, Friedrich Ebert und Kurt Schumacher befand sich immer im Kampfe gegen nationalistische und imperialistische Kräfte, deren unheilvolles Wirken das deutsche Volk in zwei Weltkriegen so schmerzlich zu spüren bekam. Das deutsche Volk kann in gesicherter Freiheit nur leben, wenn es gelingt, eine demokratische und soziale Ordnung aufzubauen, in der sich die schöpferischen Kräfte unseres Volkes frei entfalten. So erfüllt die deutsche Sozialdemokratie als einer der stärksten Pfeiler der deutschen Demokratie eine zweifache Aufgabe: Nach innen gilt ihr Streben, den Geist der Freiheit und der Demokratie lebendig zu erhalten, nach aussen dem Bemühen, in freier Zusammenarbeit mit allen Völkern die Grundlage für eine dauernde Friedensordnung zu schaffen, die der Menschheit im Atomzeitalter den Alpdruck der Gefahr eines dritten Weltkrieges nimmt.

Niemals in der Geschichte unseres Volkes war eine starke Sozialdemokratie notwendiger denn je; es gibt keine andere politische Kraft, die die Rolle dieser Partei übernehmen kann. Eine starke Sozialdemokratie ist die sicherste Gewähr dafür, dass sich die Schrecken der Vergangenheit, ausgelöst durch den hitlerischen Machtwahn, nicht wiederholen. Eine schwache, zur politischen Ohnmacht verurteilte Sozialdemokratie gibt den zerstörerischen, von einem neuen Machtrausch befallenen Kräften unseres Volkes erst die Bahn frei für ihr verderbliches Tun. Auch im Felde der internationalen Politik lässt sich die Bedeutung dieser Partei nicht ersetzen. Für viele Millionen Sozialisten und Demokraten in den europäischen Ländern und für die Völker der entwicklungsfähigen Gebiete ist die Sozialdemokratie heute ein verlässlicher Garant für eine deutsche, auf Frieden und Verständigung gerichtete Politik als die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung.

Vor diesem Hintergrund erhielt die Rede Erich Ollenhauers auf dem 8. Bundesparteitag der SPD ihre unüberhörbaren Akzente. Heute

lassen sich die Folgen der Entscheidung vom 15. September 1957 absehen. Acht Monate nach diesem schwarzen Tag in der Geschichte der deutschen Demokratie steuert die Bundesrepublik in schwere innenpolitische Kämpfe hinein. Kann man heute noch von Übereinstimmung in Lebensfragen der Nation zwischen Regierung und Opposition sprechen? In unzähligen Deklarationen und feierlichen Bekundungen beteuert die Regierung Adenauer, sie wolle die Wiedervereinigung, wolle den Frieden, wolle die Abrüstung. Will sie dies wirklich? Der Weg, den sie einschlägt, führt weder zur Wiedervereinigung, noch zum Frieden, noch zur Abrüstung und internationalen Entspannung. Hier haben sich Gegensätze zwischen Regierung und Opposition aufgetan, die sich nicht mehr überbrücken lassen.

Die deutsche Sozialdemokratie - und Erich Ollenhauer machte dies überklar- sieht in der von der Regierung gewollten Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen eine Frage auf Tod und Leben. Alles, was in den vergangenen 13 Jahren vom ganzen Volke an Aufbauarbeit geleistet worden ist, wird durch die hemaungalose Rüstungspolitik der Bundesregierung gefährdet. Die politischen, wirtschaftlichen und moralischen Kräfte unseres Volkes werden überbeansprucht, die Substanz, die uns nach dem Zusammenbruch noch verblieben ist, schwer bedroht. In der grössten Regierungspartei fand unter abendländischem Vorzeichen der Geist dunkelster Epochen der deutschen Geschichte seinen Niederschlag. Welch ein Unterschied besteht etwa zwischen dem Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss und den "Alldeutschen" unseligen Angedenkens? Er ist nicht einmal mehr mit dem Mikroskop zu entdecken. Was wir heute in der Bundesrepublik, unter der Regierung des zweiundachtzigjährigen Konrad Adenauer erleben, ist die Konzentration aller militaristischen und von Grossmannssucht befallenen Kräfte.

1945 gab uns die Geschichte die einmalige Chance, über eine völlige Neuorientierung der deutschen Politik nach innen und ausen zu einer neuen Ordnung und zu neuen Beziehungen mit allen unseren Nachbarvölkern zu gelangen. Die CDU des Jahres 1958 ist drauf und dran, diese Chance zu verspielen, ihr Blick ist rückwärts gewandt und verschliesst sich den Notwendigkeiten der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Sie kann sich von der Erbschaft rein militärischen Denkens nicht lösen. Sie denkt und handelt so, wie die Generale und Nationalisten der wilhelminischen Epoche, oder wie die Revanchegeister nach 1918 dachten und handelten. Deren Tun fügte unserem Volke schwere Wunden zu, an denen wir heute noch leiden. Die Leute um Strauss und Adenauer beschreiten die gleichen Spuren, sie

19. Mai 1958

lassen sich zwar gern als grosse Europäer feiern und geben sich mit dem Zugenschlag falscher Propheten selbst dafür aus. Was ist das doch für ein Europäertum, das in letzter Konsequenz unser Volk in eine tödliche Bedrängnis bringt, die von den Siegermächten willkürlich herbeigeführte Spaltung Deutschlands verzwigt und Europa in zwei einander feindlich gesinnte Lager trennt?

In ihrem Kampf um eine Neuorientierung der deutschen Politik steht die deutsche Sozialdemokratie heute nicht mehr allein. Zum ersten Male in ihrer fast hundertjährigen Geschichte findet ihr Wollen einen starken Wiederhall bei jenen Schichten unseres Volkes, die bisher im Elfenbeinturm des Unpolitischen verharrten und durch ihr Schweigen in früheren Zeiten den Kräften der Zerstörung die Bahn überliessen. An der Seite der Sozialdemokratie stehen heute ungezählte Wissenschaftler und viele religiös gebundene Menschen, die aus den Tiefen einer wahrhaften Religiosität heraus das Amoralische der Bonner Rüstungspolitik erkennen und bekämpfen. Acht Monate nach den Septemberwahlen sind wir alle Zeugen eines Aufstandes der moralischen Kräfte in unserem Volk gegen eine Regierung und eine Politik, die sich von ausschliesslich militärischem Denken leiten und verführen lässt. Wie irrt doch diese Regierung, wenn sie glaubt, durch Metternich'sche Polizeimethoden und mit Gesetzen, die aus der Zeit des Dritten Reiches stammen, mit diesem Aufstand des Gewissens fertig zu werden?

Auch auf internationalem Gebiet befindet sich die deutsche Sozialdemokratie in guter Gesellschaft. Mit Bewunderung und Sympathie verfolgt die britische Labourparty, die britische Regierungspartei von morgen, das Ringen der SPD. Grossbritannien und die Bundesrepublik, wie auch viele andere Länder in der Mitte Europas, sind im Atomzeitalter den gleichen Bedrohungen ausgesetzt; der Lebenswille dieser Völker wehrt sich dagegen, im Spiel der grossen Weltmächte als Objekt und eine militärisch vorgeschobene Bastion behandelt zu werden. Sie wollen ihr Leben frei von Furcht und Atomangst führen und gestalten. Sie erblicken in der Politik des kollektiven Selbstmordes keinen Leitfaden für ihr Tun. Auf die deutsche Sozialdemokratie sind in dieser Stunde die Hoffnungen und die Sorgen ungezählter Millionen gerichtet. Sie weiss von dieser Verantwortung, von der sie niemand entbinden kann. Sie ist, wie Erich Ollenhauer in seiner grossen Rede in Stuttgart abschliessend sagte, entschlossen, durch ihre Innen- und Aussenpolitik weiterzubauen "auf der Grundlage einer friedlichen Entwicklung, die auf den Trümmern des zweiten Weltkrieges und des Dritten Reiches durch die Leistung aller geschaffen wurde". Sie fühlt sich dabei einer grossen, ruhmreichen Vergangenheit verpflichtet, sie wird ihr nicht untreu werden.

Ein Wort an die französischen Sozialisten

sp - Stuttgart

Eine der stärksten Beifallskundgebungen in der grossen Rede Erich Ollenhauers auf dem Stuttgarter Parteitag erfolgte, als er in seiner Übersicht über die internationale Lage auch auf das Algerienproblem zu sprechen kam. Jeder Delegierte spürte, dass mit Algier auch ein gutes Stück Zukunft im guten oder schlechten Sinne entschieden wird. Die deutsche Sozialdemokratie masset sich gewiss nicht an, anderen Völkern oder ihren Bruderparteien Belehrungen darüber zu erteilen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Ihre Tradition als eine Kraft des Friedens und der Demokratie gibt ihr aber auch das Recht, ja sogar die Pflicht, ihre Stimme in internationalen Konflikten dann zu erheben, wenn diese Konflikte zu einer Gefahr für alle werden.

Die französischen Sozialisten befinden sich gewisse in einer tragischen Lage. Sie sind mit Algier in Verwirrungen verstrickt, die den Grundgehalt des demokratischen Sozialismus in Frage stellen. Im Ringen zwischen dem Bolschewismus und den totalen oder zur Diktatur neigenden Kräften des Westens kommt dem demokratischen Sozialismus die Rolle eines ausgleichenden Faktors zu. Dieser demokratische Sozialismus wird jedoch kompromittiert und verliert an Anziehungskraft bei den für die Weltpolitik so entscheidenden Völkern der entwicklungsfähigen Länder, wenn er um des nationalen Egoismus willen unverzichtbare Postulate aufgibt. Keine Macht der Erde ist heute imstande, den Zug der nach Freiheit strebenden Völker aufzuhalten. Zur Respektierung der Würde des Menschen gehört auch die Anerkennung der Individualität dieser Völker und ihres Anspruches auf Selbstbestimmung.

Wer die Intervention der Sowjetunion in Ungarn verurteilt, muss ebenso die blutige Unterdrückung des algerischen Volkes verdammen, wenn er sich nicht dem Vorwurf einer doppelten Moral aussetzen will. Die Opfer des jahrelangen Krieges in Algier übersteigen bei weitem an Zahl die Opfer des ungarischen, in Blut erstickten Freiheitskampfes. Der gegenseitige Terror nimmt kein Ende, Exekutionskommandos verrichten täglich ihr düsteres Handwerk. Was in Algerien geschieht, ist eine Herausforderung des Gewissens, eine stetige Vergewaltigung der Menschlichkeit und eine Verhöhnung jener Postulate, die von der westlichen Welt als unerlässlich und verteidigungswert gehalten werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat gut daran getan, an ihre französischen Freunde den Appell zu richten, im Geiste des unvergesslichen Léon Blum und im Geiste der Frankfurter Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale eine Lösung anzustreben, die den neun Millionen Algeriern die Freiheit gibt. Die Sozialdemokratie fühlt sich mit allen Völkern verbunden, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben. Ohne deren Verwirklichung kann das deutsche Volk ja selbst niemals hoffen, seine Wiedervereinigung zu erlangen. Auf den französischen Sozialisten lastet eine schwere Verantwortung vor ihrem Volk und vor ganz Europa. Von ihrem Verhalten im Trauerspiel um Algier hängt wesentlich die Zukunft der Beziehungen zwischen europäischen und afrikanischen Völkern ab. Die Gefahr ist sehr gross, dass künftig, kommt es nicht zu einer friedlichen Lösung in Algier, diese Beziehungen mit unheilvollen Hypotheken belastet werden.

Österreichs Sozialisten und die heutige Welt

Nach dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs

M.D. In Wien tagte vom 13. bis 15. Mai 1958 ein ausserordentlicher Parteitag der österreichischen Sozialistischen Partei, der ausschliesslich die Aufgabe hatte, ein neues Programm zu beschliessen. Der erste Entwurf dieses Programms wurde schon dem Salzburger Parteitag von 1957 von Benedikt Kautsky, dem federführenden Mitglied einer Viererkommission, vorgelegt, die den Entwurf als Diskussionsgrundlage ausgearbeitet hatte. Nach diesem Parteitag war die Kommission um vier Mitglieder erweitert worden, der auch der Parteivorsitzende Dr. Bruno Pittermann, angehörte.

Breite Diskussion

Die Programm-Debatte, die dann während eines halben Jahres durchgeführt wurde, war sehr intensiv und wurde immer mehr zu dem zentralen politischen Thema in den Gruppen und Organisationen der Gesamtpartei. In mehreren tausend Veranstaltungen und Diskussionsabenden wurden die Fragen des neuen Programms debattiert. Nicht nur die Partei als politische Körperschaft betrachtete in dieser Zeit die Programmdiskussion als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben, sondern auch alle ihre Sparten, wie Frauen- und Jugendorganisationen, die sozialistischen Gewerkschaftler, die sozialistischen Akademiker, die religiösen Sozialisten u.a., beteiligten sich lebhaft an dieser geistigen Auseinandersetzung. Es fanden zentrale Arbeitstagungen statt, die theoretischen Einzelfragen gewidmet waren; einige Nummern der theoretischen Zeitschrift der Partei, darunter ein Doppelheft, beschäftigten sich in der Hauptsache mit den Fragen der Programm-Diskussion; selbst öffentliche Veranstaltungen fanden zur Programmfrage statt, und ausserhalb der österreichischen Sozialistischen Partei gab es sowohl bei ihren politischen Gegnern als auch in gewissen aufgeschlossenen Kreisen des Bürgertums einen bedeutenden Widerhall. Die intensive Programmdiskussion und das grosse gesellschaftliche Echo beruht letztlich auf dem Zusammenhang, dass in- und ausserhalb der österreichischen Sozialistischen Partei die Anerkennung um sich griff, dass das neue Programm mit Ernst und Verantwortung die Fragen zu beantworten sucht, die sich aus dem grossen Transformationsprozess der Gesellschaft und den besonderen Aufgaben der Sozialisten in unserer heutigen Zeit ergeben.

Über tausend Änderungen

Die Programmkommission wurde unter diesen Bedingungen zugleich die Anführerin einer öffentlichen Debatte. Ihre Arbeit wurde ausserordentlich befruchtet, und sie selbst hatte auf dem Höhepunkt die Aufgabe, zusammenfassend und redigierend die Resultate der Programmdiskussion auszuwerten. Mehr als tausend Abänderungsanträge zum Vorentwurf lagen am Ende dieser umfassendsten Aussprache der Partei dem Ausserordentlichen Parteitag als gedruckter Band vor.

Doch die Programmkommission hatte in ihren Arbeiten bereits der Richtung und dem Willen der Parteidiskussion voll Rechnung getragen, so dass der Wiener Parteitag nicht mehr über eine Unzahl von Abänderungen, sondern über einen neuen Entwurf zu beschliessen hatte. Auf dem Parteitag selbst wurde mehrfach festgestellt, dass der neue Entwurf in maximaler Weise dem Verlauf der Programmdiskussion und damit dem bekundeten Willen der Gesamtpartei entsprach. So wurde der Ausserordentliche Wiener Parteitag zu einem formalen Abschluss der vorangegangenen Parteidebatte um ein neues Programm. Er war zugleich eine imposante Kundgebung der grossen Geschlossenheit der österreichischen Sozialistischen Partei, die jetzt, noch mehr als früher, nicht auf organisatorischer Disziplin, sondern auf einer vertieften geistigen Einheit begründet ist. Das neue Programm der österreichischen Sozialisten, betonte auf dem Parteitag sein Mitverfasser Dr. Benedikt Kautsky, bringt eine bedeutende Vereinfachung der sozialistischen Sprache und eine Änderung der Terminologie.

Eine neue Sprache

In seinem Aufbau handle es sich weder um eine wissenschaftliche Analyse noch um eine blosse Grundsatzklärung, sondern um eine Marschroute für eine kämpferische Gesinnungsgemeinschaft. Schon allein, wie alle Vorstellungen und Aufgaben als konkrete Forderungen an die Menschen und an die Gesellschaft gefasst werden, unterstreiche, so, dass eine Plattform geschaffen wurde, die für eine weite Strecke die politische Zielstrebigkeit der sozialistischen Kräfte orientieren soll.

Der Grundsatz der Toleranz, den Sozialisten mit Nachdruck in der Gesellschaft vertreten, besonders scharf aber zu den Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen und im Kampf gegen alle Formen der Diktatur, findet im neuen Programm selbst seine Anwendung. Im Sinne der grundsätzlichen Erklärung der Sozialistischen Internationale heisst es in der Programmeinleitung:

"Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder andersbegründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der inneren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens."

Motor der Weiterentwicklung

Dabei ist in dem neuen österreichischen Programm die angebliche Hauptfrage, an die sowohl die katholische Volkspartei als auch die Kommunisten politische Erwartungen und Spekulationen knüpfen - ob im Weiteren eine marxistische oder eine nichtmarxistische Orientierung bestimmend sein solle - als ein gegenstandsloses Problem für die weitere Politik der österreichischen Sozialisten behandelt worden. Durch die positive Art, wie das neue Programm die Fragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in den Mittelpunkt rückt, war einer solchen Problematik der Boden entzogen. Es entsprach so ganz dem Geist dieses neuen Programms, wenn Dr. Benedikt Kautsky unter dem Beifall des ganzen Parteitags erklärte, dass die Aufgabe nie sein kann, an den Worten von Marx und Engels festzuhalten, sondern vielmehr, im Sinne des Marxismus, alles was an Neuem an Entwicklung und an

Weiterführung in der Richtung des demokratischen Sozialismus sichtbar wird, in das Programm und in die Bewegung einzubeziehen. Der Verlauf des Parteitags war schon aus dieser grundsätzlichen Haltung heraus auch garnicht darauf abgestellt, das Vorhandensein von politischen Schattierungen in der Partei zu verschweigen, die etwa von dem orthodoxen Marxisten Josef Hindels bis zu dem Sozialliberalen Dr. Neugebauer gehen.

Umso beachtenswerter ist es, wie dieser österreichische sozialistische Parteitag, getragen vom Kraftbewusstsein und der tatsächlich wachsenden Stärke der Partei, dem begründenden Referat seines Parteivorsitzenden Dr. Pittermann und anschliessend dem Programmentwurf selbst, in voller Harmonie und Einstimmigkeit zustimmte. Das Wiener Programm soll durch eine Konkretisierung der sozialistischen Forderungen an die grossen bisherigen Veränderungen in der Gesellschaft und an die kommenden Möglichkeiten anknüpfen. Daninter steht der Wille, wie der Parteivorsitzende Dr. Pittermann unter dem grossen Beifall des Parteitages ausrief, zur führenden politischen Kraft in Österreich zu werden.

Bekanntnis zum sozialistischer Humanismus

Das neue österreichische Programm ist bei aller Schlichtheit der Sprache ein starkes Bekenntnis zu der sozialistischen Zielsetzung und zum demokratisch-sozialistischen Weg. Demokratie, soziale Sicherheit, Gemeinwirtschaft, Vergesellschaftung und Planwirtschaft sind so Bestandteile, um das wirkliche Ziel zu erreichen: die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit

Die Schluss-Erklärung des neuen österreichischen Programms fasst diese Gedankenführung des modernen Sozialismus klar und unmissverständlich zusammen: "Die SPÖ kämpft für eine neue klassenlose Gesellschaft und damit für einen neuen sozialistischen Humanismus". Das Kernstück des neuen Programms ist dabei die Verbindung der heutigen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen mit der sozialistischen Zielsetzung. Sozialistische Politik ist so, besonders in der sozialökonomischen Sphäre, eine Sache des Wirkens und Zusammenwirkens mit all den Tendenzen, die zur Vermenschlichung der heutigen Gesellschaft hindrängen.

Zur Aussenpolitik ist besonders die Erklärung des neuen österreichischen Programms hervorzuheben, die zum Freiheitsstreben der unterdrückten Völker Stellung nimmt und zu dem historisch unaufhaltsamen Durchbruch aller unentwickelten Länder in die Richtung einer modernen industrialisierten Gesellschaft. Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands sieht das Wiener Programm als ein entscheidendes Problem der europäischen Einigung: "Ohne Überwindung der gewaltsamen Trennung Deutschlands und der Spaltung Europas kann es keine wirkliche Entspannung und keinen dauernden Frieden in der Welt geben".

"Von Flugplätzen aus der Bundesrepublik ..."

Amerikanische Waffenlieferungen nach dem Libanon

sp. Moskau hat vor der Einmischung im Libanon gewarnt. Gemeint sind natürlich damit amerikanische Ankündigungen, wonach der um seine politische Existenz kämpfende Präsident des Libanon, Schamun, Waffenhilfe erhalten soll. Dass die Waffenhilfe, wahrscheinlich über Ägypten, auch von der Sowjetunion den Aufständischen gewährt wird, verschweigt Moskau natürlich.

In diesem noch offenen Konflikt, dessen Ausgang für die Politik im Nahen Osten entscheidend sein dürfte, spielt - so merkwürdig es klingen mag - die Bundesrepublik eine besondere Rolle. Ihre Politik gegenüber den Vorgängen im Nahen Osten ist neutral. Trotzdem erklären amerikanische Regierungsbeamte, dass die für den Libanon vorgesehenen Waffen von in der Bundesrepublik gelegenen Flugplätzen aus transportiert werden sollen. Es ist kein Geheimnis, dass am vergangenen Wochenende grosse amerikanische Transportflugzeuge in Westdeutschland gelandet sind und hier eine Fracht aufnehmen, die keineswegs nur aus Lebensmitteln besteht.

Selbstverständlich wird darüber auch in der arabischen Presse berichtet, und mit einiger Geschicklichkeit kann in der arabischen Welt die Meinung erzeugt werden, dass die Bundesrepublik keineswegs so neutral ist, wie ihre erklärte Politik. Natürlich werden amerikanische Waffen für den Libanon von Flugplätzen aus verfrachtet, die nicht zum Souveränitätsgebiet der Bundesrepublik gehören. Es sind NATO-Flugplätze. Aber diesen feinen Unterschied wird man im Nahen Osten nicht machen. Man wird die Bundesrepublik eines Verhaltens bezichtigen, das man immer denjenigen Staaten unterstellt, auf deren Territorium Waffen zum Einsatz in anderen Ländern verfrachtet werden. Die politischen Konsequenzen, die sich daraus für die Bundesrepublik im Nahen Osten, aber auch in der afrikanischen und asiatischen Welt ergeben, könnten nur "abgefangen" werden, wenn die Regierung der Bundesrepublik unmissverständlich zum Ausdruck bringt, dass sie mit diesen Waffenlieferungen für den Libanon nichts zu tun hat.

Gewiss, die Situation der Bundesrepublik als Mitglied der NATO ist nicht einfach; aber mit Schweigen sollte die Regierung diese Vorgänge nicht übergehen. Sie könnte sonst sehr viel von dem Kapital des Vertrauens, das Deutschland in der afrikanischen und asiatischen Welt hat, aufs Spiel setzen.